

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Aug. 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Einzelnummer 19 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einpaltige 3) mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Unzum. Kullträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutschland soll schwach bleiben, aber zahlen!

Frankreich verweigert die Ruhräumung. — England bekämpft deutsche Mehrarbeit. Heute erstmaliges Erscheinen der deutschen Delegation in London. — Zuversichtliche Äußerungen des Staatssekretärs Hughes.

Frankreichs Sorge um die Ruhr.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 5. August. Die heutige Morgenpresse befaßt sich eingehend mit den bevorstehenden Besprechungen mit der deutschen Delegation in London. Das Meer von Sachverständigen, so ist in verschiedenen Blättern zu lesen, das den deutschen Reichstanzler begleitet, zeigt klar und deutlich, daß die Deutschen sich vornehmen, jeden Zentimeter ihrer Position zu erkämpfen und wenn möglich alle Resultate, die während der 18 Tage der Konferenz erzielt worden sind, in Frage zu stellen.

Die Delegationsführer

haben beschlossen, die Resultate ihrer gemeinsamen Anstrengungen nicht mehr Fragen auszuweichen, indem sie den Vertretern des Deutschen Reiches gestatten, eine Debatte über die Texte, die so mühsam durch die Kommissionen ausgearbeitet und endlich am Sonnabend in der Vollziehung angenommen wurden, herbeizuführen.

Sie sind der Ansicht, daß es notwendig sei, die Deutschen mit Wichtigen zu empfangen, sie aber höflich zu behandeln und ihrer Empfindlichkeit Rechnung zu tragen, daß es aber nicht zulässig sei, ihnen zu gestatten, den Text der Protokolle in Frage zu stellen.

„Ich verteidige die Interessen der Abwesenden“, hatte Snowden sich in einer Konferenz der Delegationsführer vernehmen lassen. Es wäre absurd, meint der „Petit Parisien“, jetzt sozulagen tabula rasa zu machen und von neuem die Debatte über sämtliche Reichsläufe der Konferenz zu beginnen. Wenn man das wolle, so könne man noch Verbesserungen in London tagen.

Vertinax schreibt im „Echo de Paris“: Um die Arbeit zu beschleunigen, hat Macdonald erklärt, daß man sich weder mit Formalitäten, noch mit Neuheiten bei der Eröffnungssitzung aufhalten wolle und daß auch keine Kommissionsberatungen vorgesehen seien. Diesen Erklärungen Macdonalds ist wohl kaum große Bedeutung beizulegen, denn sie werden doch nicht befolgt werden.

Alles deutet darauf hin, daß die deutschen Vertreter sich mit den bisher erreichten Resultaten nicht zufrieden geben werden. Sie werden sich Mühe geben, noch mehr zu erreichen.

Man verweigert ihnen die Kommissionsberatungen, aber man erklärt, daß, wenn irgendwelche Schwierigkeiten bei den Beratungen zwischen den Delegationsführern und den deutschen Vertretern hätten, was sehr wahrscheinlich ist, die Sachverständigen zur Hilfe herangezogen werden müssen, ohne daß man allerdings das Wort „Kommissionsberatungen“ gebraucht. Damit kehren wir nur zu dem System der Kommissionsberatungen zurück. Zwischen einem Mann und unabänderlichen Militärprogrammen, das den Deutschen eventuell mit Hilfe von Sanktionen aufzuerlegen werden müßte, und zwischen einer freien Diskussion ohne irgendwelche Bindungen gibt es keinen Mittelweg. Die Deutschen werden zunächst gegen die Beschränkung der Verhandlungsfreiheit vorgehen. Alles ist jetzt einem Schiedsgericht unterworfen, alle Klauseln über die Reparationen und die Vereinbarungen in London und ebenso alle politischen und territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Nur der eine kleine § 18, Anhang 2 des Teiles VIII des Friedensvertrags bleibt eine verlorene Insel im großen Ozean. Die Deutschen und die Bankiers werden wahrscheinlich keine große Geduld beweisen. Nach kurzer Zeit werden sie sich bemühen, auch die letzte Position, die der französische Ministerpräsident noch verteidigt, zu unterwühlen.

Dann wird die militärische Räumung des Ruhrgebietes und die der Kölner Zone zur Diskussion kommen.

Herriot hat zwar bisher behauptet, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in der Sachverständigenkommission nicht behandelt worden sei und daß sie auch nicht auf die Tagesordnung der Konferenz gehöre.

Zu gleicher Zeit aber hat er einen Plan für die Räumung des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Sachverständigen ausarbeiten lassen und die großen Linien dieses Planes bereits in einem Rate der Delegationsführer ausgearbeitet. Dieses Programm ist dazu geeignet, entweder ihm zuzustimmen oder die Zustimmung zu verweigern, je nach dem Gang der Verhandlungen. Herriot gibt sich noch nicht Rechenschaft von der vollkommenen Umwälzung, die sich daraus für Frankreich, England und Deutschland ergibt. Er fühlt sich in Paris und London wie zwischen den Armen einer Jangge. Es ist ohne weiteres klar, daß durch militärische Räumung des Ruhrgebietes und die der Kölner Zone, wenn sie einmal beschlossen ist, auch die französischen Forderungen hinsichtlich der französischen Eisenbahnlinie im Rheinland allmählich hinfällig werden.

Das „Journal“ schreibt: Wie wird sich die Diskussion mit den deutschen Vertretern entwickeln? Das hängt von dem ab, was die Debatte leisten wird. Die heutigen Reichsläufe beweisen, daß die Engländer und Franzosen wenigstens im letzten Augenblick begriffen haben, daß es notwendig ist, den deutschen Mandatieren eine einheitliche Front entgegenzustellen. Wenn die Deutschen auf dem ihnen vorgeschlagenen Wege marschieren, dann wird sich die Diskussion auf die Vereinbarungen in der zweiten und dritten Kommission erstrecken und das heißt, also auf die wirtschaftliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Abänderungen, die man an dem Dawes-Plan vornehmen muß hinsichtlich der Zahlleistungen und der Transferierung. Es

fällt in die Augen, daß die Debatte die Tür für alle Möglichkeiten offen hält. Von der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes bis zur militärischen Räumung ist es nur ein Schritt, von der militärischen Räumung des Ruhrgebietes bis zur Währungsreform, von der Währungsreform bis zu einem Ruhandel über die Besetzung Deutschlands ist es auch nicht weit. Dann besteht noch eine Schwierigkeit. Wenn die Alliierten die Zeit auf sich nehmen, zum Teil für die deutsche Finanzverwaltung zu sorgen, so werden sie gezwungen sein, zahlreiche Beamte einzustellen, und gerade in einem Augenblick, wo die Reparationskasse sich zu leeren beginnt.

Die Furcht vor dem konkurrenzfähigen Deutschland.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 5. August. Nach einer Begrüßung der großen Reue, die durch Dinaushebung der zwei deutschen Delegierten entstanden ist, beschäftigt sich „Daily Herald“ mit der möglichen Wirkung auf Deutschland, welche die Rückkehr der Deutschen und die Maßnahmen der Alliierten haben wird. Er nimmt einerseits an, daß die Deutschen sofort in der Frage der militärischen Räumung Sicherheit verlangen würden, andererseits selbst gebeten würden, bestimmte Sicherheiten bezüglich der deutschen Arbeitsbedingungen zu geben. Ganz besonders wird die Frage des Achtstundentages zur Sprache gebracht werden. Im letzten Dezember, so schreibt das Blatt, ist der Achtstundentag von der Deutschen Regierung abgeschafft worden. Die Entschädigung war die durch die Ruhrbesetzung geschaffene ökonomische Lage, der Zusammenbruch der Währungs- und die Mißwirtschaft. Das sind alles Bedingungen, die durch den Dawes-Bericht und durch die ihn begleitende Note beseitigt werden sollen.

Darum ist es absolut belegt, daß die deutsche Regierung aufseherisch wird, als Teil einer Generalreaktion den Achtstundentag wieder herzustellen.

Das ist vernünftig und außerdem notwendig, denn der deutsche 10-Stundentag ist eine Arbeitsverschwendung

am ökonomischen Körper Europas. Es wäre unerträglich, daß der Dawes-Bericht zur Erneuerung der Forderung nach Mehrarbeit von den Unternehmern benutzt wird.

Es ist amüßant und lehrreich, festzustellen, daß in der gleichen Nummer des „Daily Herald“ folgende Ausführungen des allgemein anerkannten Professors Kennes angeführt sind. Er schreibt nach einer kurzen Auseinandersetzung, warum es nötig gewesen sei, daß England seine Anszahlungen an die Vereinigten Staaten nicht verhältnismäßig leicht erledigen könne, weil nämlich England lediglich die Gesamtsumme seines ins Ausland gehenden anlagestehenden Kapitals vermindert, aber nicht genötigt wäre, die Anszuhr zu erhöhen. Die Fänge liegen bei Deutschlands andern. Deutschland führt nämlich kein Kapital, sondern Waren aus, und das führt Deutschland dahin, in der Hauptache durch Anszuhr von Stapelartikeln, worin es mit uns in Wettbewerb steht, seine Reparationen bezahlen zu müssen. Das wird uns gewiß schädigen; denn durch die erzwungene Annahme eines niedrigeren Niveaus der Lebenshaltung als wir es haben, wird Deutschland in der Lage sein, mit unseren Erzeugnissen zu konkurrieren. Ja, in der Tat, wir können uns in der paradoxen Lage befinden, wenn unsere Regierung nicht sehr vorsichtig ist, auf Deutschland politischen, ja militärischen Druck ausüben zu müssen, um es zu hindern, unseren Handel zu schädigen. Sobald der Betrag der Reparationen an uns selbst zahlbar ist, können wir natürlich den Schaden ausmachen. Aber man darf nicht vergessen, daß nur ungefähr ein Viertel der Reparationen an uns gezahlt werden soll. Der größte Teil der deutschen Anszuhr wird mit uns in Wettbewerb treten, da drei Viertel der existierenden Guthaben an andere Länder gezahlt werden.“ Kennes schließt mit den Worten, Deutschland zu zwingen, das Lebenshaltungsniveau seiner Arbeiter zu erniedrigen, wäre am verkehrtesten, weil dadurch Deutschland Erzeugnisse herstellen und auf dem Weltmarkt konkurrieren kann, und zwar zu einem Preise, der mit unserem Lebenshaltungsniveau unvereinbar ist.

Es läßt also nach Gegenüberstellung dieser beiden Aufsätze die ökonomische Lösung des Reparationsproblems auf die Quadratur des Kreises hinaus. Im Grunde bedeutet also auch das englische Ziel das gleiche, wie die französische Politik: Die Ruhr, die man schlägt, soll auch Milch geben.

Die Deutschen in London.

Die deutsche Delegation in London eingetroffen.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 5. Aug. Die deutsche Delegation unter Führung von Marx und Stresemann ist heute morgen mit einer Verspätung um 8,45 Uhr auf der Liverpool-Station eingetroffen.

London, 4. August. Zum Empfang der deutschen Delegation auf dem Liverpool-Stationen waren erschienen mehrere Vertreter des Foreign Office, darunter Mr. Wigram und die Herren der deutschen Botschaft, Gesandter Dufour-Heronce und Graf Bernstorff. Auch zahlreiche Vertreter der ausländischen und der deutschen Presse waren anwesend. Die Delegation begab sich gleich nach Ankunft im Kraftwagen nach dem Hippodrom. Auf Wunsch Macdonalds findet vor der Vollkonferenz kein formeller Besuch und Gegenbesuch der Ministerpräsidenten statt. Am Mittwoch abend gibt der Botschafter den Spitzen der Delegation ein Essen.

Keine Erörterung der Kriegsschuldfrage?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 5. August. Die getrigge „Times“ bestätigt, daß der englische Botschafter in Berlin vor der Abreise der deutschen Delegation mit Erfolg dahin interveniert haben, daß die Frage der Kriegsschuld von der deutschen Delegation in London nicht berührt werde.

Eine neue Körperschaft in London.

London, 5. August. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Punkte, über die zwischen den Alliierten und Deutschland noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, in einer neuen Körperschaft, der „Konferenz der 14“, bestehend aus den Hauptdelegierten und den für jede Frage jeweils erforderlichen wichtigsten Einzelheiten sollen auf dieser Konferenz jeweils dem aus zwei Sachverständigen bestehenden kleinen Ausschuss zur Beratung und zur Lösung überwiesen werden.

Die Teilnehmungen am Montag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 5. Aug. Der „Courant“ meldet aus London: Der Montag ist ohne wesentliche Ereignisse vergangen. Es haben lediglich drei Kommissionsitzungen und eine Beratung der Premierminister stattgefunden. Das Finanzkontrollkomitee will heute, Dienstag, seine Beratungen über den französischen Antrag beenden, wonach Deutschland drei Viertel der Kontrollkosten aufzulegen werden sollen. Die heutige Vollversammlung ist auf 11,45 Uhr angesetzt. In ihr werden die Deutschen erstmalig vor der Konferenz erscheinen. In der Londoner Presse zeigt sich ein merkliches Nachlassen des

Interesses an dem weiteren Verlaufe der Konferenz, da die Hauptgrundlagen der Einigung von Öffentlichkeit und Presse bereits als so gut feststehend angenommen werden.

Die neue Atmosphäre in London.

London, 4. August. Es ist unverkennbar, daß die erwartete Ankunft der deutschen Delegation einen allgemeinen Wechsel der Atmosphäre hervorgerufen hat, was mit Worten kaum deutlich zu sagen, aber dennoch unbedingt fühlbar ist. Das plötzliche Interesse des „Daily Herald“ für den deutschen Achtstundentag und die Lage der deutschen Arbeiter hat einen politischen Reichscharakter, der zu denken geben sollte. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ ist das Sprachrohr der Arbeiterminister. Die heute gestellte Forderung des Achtstundentages und eines gewissen Friedensminimums für die deutsche Arbeiterschaft läßt auf den Tag hinaus:

„Mach mir den Pels, aber mach mich nicht naß! Nehmt das Dawes-Gutachten an, aber wehe, wenn ihr eure Konkurrenz forsetzt! Das friedliche Großbritannien wäre dann sogar zu recht kriegerischen Maßnahmen entschlossen.“

Das deutsche Ueberbevölkerungsproblem, die Armut Deutschlands, die Tatsache, daß das deutsche Volk nur von seiner Arbeitskraft lebt, und wenn man ihm Zahlungen auferlegt, daß es dann mit einer Senkung der Lebenshaltung antworten muß, ist hier unverkennbar. England ist ein Land, das Kapital ansührt. Wir führen Arbeitskraft aus in Form von Erzeugnissen. Auch sonst kommt ein wertwürdiger Unterton in die Zeitungsäußerungen. Höher geht es die Atmosphäre interalliiert Verhandlung zu schaffen. Dies ist mit Ach und Krach gescheit. Die interalliiert Verhandlung beruht auf der

Einheitsfront gegen Deutschland.

Nun kommt eine gleichberechtigte deutsche Delegation. Ist sie nur formell gleichberechtigt oder wirklich?

Hughes Abreise von Berlin.

Berlin, 5. August. Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat gestern abend Berlin in aller Stille verlassen. Es waren lediglich einige Mitglieber der amerikanischen Botschaft sowie ein Vertreter der deutschen Regierung bei der Abreise zugegen. Nach Meldungen der amerikanischen Presse hat Hughes gestern in einer Unterredung den Berliner Vertretern der amerikanischen Presse u. a. erklärt, daß er von seinen Berliner Besprechungen den Eindruck gewonnen habe, daß wir nun endlich die Klippen umfließen könnten. Er glaube, der Horizont heitere sich sehr auf und er sei davon überzeugt, daß nunmehr endlich die Versöhnung Europas verwirklicht werden könne. Weiter bewertete er, eigentlich in Europa recht wenig Verständnis für Amerika gefunden zu haben.